

Griechenland:

„Nein zur Umwandlung von SYRIZA in Memorandumsbefürworter“

Antonis Davanellos

Am Donnerstag, den 30. Juli 2015 hat das Zentralkomitee von SYRIZA getagt. Alexis Tsipras startete eine regelrechte Offensive gegen die ParlamentarierInnen, die sich gegen das Abkommen vom 13. Juli gestellt hatten. Der Angriff zielte auch auf die Linke Strömung bzw. das Rote Netzwerk [in SYRIZA, griechisch: Kokkino Diktyo ston SYRIZA, d. Übers.]. Es wurde alles dafür getan, um die linke Mitte von SYRIZA zu neutralisieren, die unter dem Namen „die 53“ bekannt. Tsipras „drohte“ dem Zentralkomitee mit einem Mitgliederreferendum, das am Sonntag, den 2. August stattfinden sollte. Als die Tsipras-Führung bei der Abstimmung am späten Abend eine Mehrheit erhielt, verzichtete sie auf das Referendum. Für sie ist ein außerordentlicher Parteitag zum zentralen Ziel geworden. Sie ist darauf aus, ihn unter Kontrolle zu behalten und eine deutliche Mehrheit der Delegierten und die Listen der KandidatInnen für die kommenden Wahlen miteinander zu verknüpfen, wobei die Linke mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an den Rand gedrängt werden soll.

Der folgende Text, der am 31. Juli geschrieben worden ist, richtet sich an die Mitglieder von SYRIZA. Eine Reihe von Zusätzen, die durch eckige Klammern kenntlich gemacht sind, soll ihn leichter verständlich machen.

(Redaktion von „A l'Encontre“)



Sitzung des Zentralkomitees von SYRIZA am 30. Juli

Die Entwicklungen innerhalb von SYRIZA werden von zahlreichen Punkten unterschiedlicher Art bestimmt werden.

1. Solidarität [gegen die verleumderischen Angriffe]. In den letzten Tagen ist es klar geworden, dass führende Mitglieder von SYRIZA, die ihr Nichteinverständnis mit dem dritten Memorandum [dem am 13. Juli 2015 unterschriebenen „Memorandum of Understanding“] zur Zielscheibe einer politisch-journalistischen Kampagne geworden sind. Es geht dabei um Panagiotis Lafazanis [bis zum 17. Juli Minister für Wiederaufbau der Produktion, Umwelt und Energie], Nadia Valavani [die am 15. Juli zurückgetretene stellvertretende Finanzministerin], Zoi Konstantopoulou [die Parlamentspräsidentin] und Giannis Varoufakis [den am 6. Juli zurückgetretenen Finanzminister]. Es ist bemerkenswert, dass SYRIZA als Partei offiziell zu diesen unmoralischen Angriffen Stillschweigen bewahrt hat. Wir verlangen, dass die Partei ihre Macht und ihren Einfluss nutzt, damit diesen Vorgängen ein Ende bereitet wird. Mitglieder der Leitung von SYRIZA sollten das Modell von 1981 in Bezug auf die PASOK im Kopf haben [im Oktober 1981 gewann Andreas Papandreu die Wahlen gegen Georgios Rallis von Nea Dimokratia; es hieß damals, Griechenland habe „die erste sozialistische Regierung“]. Sie sollten da-

von lernen, wie damals ähnliche Vorgänge (komplizenhafte Verhältnisse von Teilen der Partei, Medienleuten und staatlichen Diensten) gegen führende Personen von PASOK, die mit radikaleren Traditionen und praktischen Ansätzen identifiziert wurden, gelaufen sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich solch ein Prozess innerhalb von SYRIZA reproduziert [Bezug darauf, dass Informationen, die in den Verleumdungskampagnen verwendet werden, von Angehörigen des engeren Regierungskreises von SYRIZA stammen sollen].

2. Ein klares Urteil über die Vereinbarung. Zahlreiche Genossen und Genossinnen fordern uns auf, wir sollten uns sowohl vor einem Urteil hüten, mit dem die Vereinbarung beschönigt wird, wie vor einem Urteil, durch das es dramatisiert wird. Charakterisierungen dieser Art sind uninteressant. Wir brauchen eine klare politische Einschätzung. Die Vereinbarung besiegelt ein sehr hartes Memorandum. Es enthält einen Turbo-TAIPED [Privatisierungsfonds], ein rigoroses, automatisch wirkendes System der Kürzung der Sozialausgaben im Fall der Überschreitung der Haushaltsziele und rabiate arbeiterfeindliche Konterreformen. Es handelt sich um ein Referendum, wie Samaras es nicht hätte durchbringen können und die „große Koalition aus Samaras (ND) und Venizelos (PASOK) auch nicht. Die Gläubiger und die griechische herrschende Klasse haben dieses dritte Memorandum SYRIZA überantwortet, um seinen Einfluss bei den werktätigen Klassen und im Volk zu nutzen und auf diese Weise Konterreformen voranzubringen; sie verfolgen aber auch das Ziel, die vor allem während der großen Kämpfe gegen die Memoranden [von 2010/11] bedrohlichen, um SYRIZA gruppierten sozialen und politischen Kräfte zu zerbrechen. Bei dieser Gelegenheit haben die führenden Kräfte der Eurozone ihre internationale Erfahrung genutzt. Die neoliberalen Konterreformen in ganz Europa sind vielfach von sozialdemokratischen Regierungen durchgeführt worden. Daher konnte der Neoliberalismus heftig wüten, die zutiefst umgewandelten sozialdemokratischen Parteien sind in einen neuen paneuropäischen Machtzyklus der Rechten integriert worden.

3. Zu der Frage: Gab es eine Alternative? Es ist ein Irrtum, wenn die Frage gestellt wird, was für eine Alternative Alexis Tsipras vor dem dramatischen Morgengrauen des 13. Juli gehabt habe. Es gilt, die Periode vorher, während der Monate nach dem 25. Januar [dem Datum des Wahlsiegs] in Betracht zu ziehen. Als Mitglied der Linken Plattform trage ich alle Vorschläge für einen notwendigen Konflikt und Bruch mit der Eurozone und dem Zone mit, die damals gemacht worden sind. Ich will hier aber nicht denen antworten, die von der „Pro-Drachme-Linken“ sprechen [die Medien verwenden eine ganze Reihe von Formeln, um die SYRIZA-Linke zu charakterisieren], und auch nicht die Argumente in Bezug auf die Notwendigkeit eines Plan B wiederholen. Ich möchte die Fragen betonen, die sich auf die Aufgabe des Plan A beziehen, den SYRIZA gehabt hat.

Auf dem Gründungsparteitag von SYRIZA [im Juni 2013] ist ein Plan ausgearbeitet worden, der von der Mehrheit beschlossen wurde. Darin waren Reformen zugunsten der Arbeitenden und des Volks [wie sie in dem Programm von Thessaloniki von September 2014 genauer bestimmt wurden] vorgesehen, was „einseitige Aktionen“ einschloss, die zur Bildung eines soliden linken gesellschaftlichen Bündnisses um die Regierung herum geführt hätten. Dieses Programm wäre aus Ressourcen finanziert worden, die aus der Nichtzahlung der Schulden resultieren (mit der Perspektive, dass der größte Teil davon gestrichen würden); begleitet würde dies durch eine kräftige Besteuerung des Kapitals und des akkumulierten Reichtums, durch Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht der KapitalistInnen, die Privatisierungen würden rückgängig gemacht. Das Verhältnis zwischen diesem Programm und der „Globalisierung“ drückte sich in der Losung „Keine Opfer für den Euro“ aus. Damit war die Perspektive von „Verhandlungen“ offen gelassen, sie würde sich jedoch auf eine radikale Politik von Konfrontation und Bruchlinien innerhalb des Landes selber stützen und die Möglichkeit eines Bruchs mit der Führung der Eurozone in Anbetracht des Dilemmas Eintreten für die Interessen der Bevölkerung und Beibehaltung des Euros offen lassen.

Jetzt wissen wir nicht, ob diese Politik, wie sie auf dem Gründungskongress festgelegt wurde, richtig war, wir wissen nicht, ob darin eine „Alternative“ zu Merkel und Schäuble bestanden hätte. Und zwar aus einem Grund: weil diese Politik am Tag nach den Wahlen aufgegeben worden ist, weil sie von einer „nichtöffentlichen Partei in der Partei“¹ annulliert worden ist, die hat einseitig und ohne Billigung durch eine höhere Instanz der Partei [Zentralkomitee oder Parteitag] beschlossen, sich einseitig auf eine Politik der Verhandlungen mit den Gläubigern zu verlegen und sich dafür strikt an eine Taktik der Konsolidierung in den Augen der „Institutionen“ [Europäische Zentralbank (EZB), Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds (IWF)] zu halten. Dies war mit der Hoffnung verbunden, einen ehrenhaften Kompromiss zu erhalten, die Taktik wurde ohne Zögern und ohne Vorsichtsmaßnahmen eingeschlagen, damit man „um jeden Preis in der Eurozone“ bleiben kann. Nach einem ersten Zwischenschritt am 20. Februar [der ersten Vereinbarung mit der Troika über den Schuldendienst] ist in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli in Brüssel eingestürzt.

4. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Mehrere Genossen und Genossinnen behaupten, wir hätten die äußersten Grenzen der Konfrontation mit den Gläubigern erreicht.

Sie behaupten, wir hätten mit der Schuldzahlung aufgehört [Nichtzahlung von 1,5 Milliarden an den IWF Ende Juni]. Das ist keine ernsthafte Behauptung. Eine Nichtzahlung hat bezweckt, die finanziellen Mittel zu bewahren, um sie für gesellschaftliche Bedürfnisse zu verwenden, und nicht Anleihen an Kredithaie zurückzuzahlen. Es ist nicht dasselbe, wenn man die Gläubiger bis auf den letzten Euro bezahlt und danach dann gezwungen ist, in Anbetracht der Situation der Schwäche, in die man sich gebracht hat, bei einer anstehenden Überweisung in Zahlungsverzug anzumelden.

Diese Genossinnen und Genossen erklären, wir hätten eine Kapitalkontrolle durchgesetzt. Auch dies stellt keine ernsthafte Behauptung dar. Die Beschränkung von 60 Euro pro Tag, die abgehoben werden können, betrifft nicht das Kapital, sondern die Ersparnisse der Bevölkerung; das Kapital konnte flüchten, ohne dass es vorher behelligt worden wäre. Das war weder eine Kapitalbewirtschaftung noch eine Kapitalkontrolle, denn eine Kontrolle kann nicht am Bankautomaten vorgenommen werden, sondern in den größten Banken, die die Kapitalflucht abgewickelt haben. [Nach Angaben der Griechischen Nationalbank hat sich die Flucht aus privaten Bankdepots im Juni 2015 noch beschleunigt: 7,58 Milliarden Euro gegenüber 3,86 Milliarden im Mai 2015. Die Kapitalflucht wird für den Zeitraum Dezember 2014 bis Mai auf 40 Milliarden geschätzt. Der massive de Kapitalabfluss hat 2010 begonnen und ab 2012 zugenommen.]

Dragasakis behauptet, die Flucht aus den Bankdepots sei die Superwaffe in den Händen der Gläubiger. [Frage an den verantwortlichen Wirtschaftspolitiker und stellvertretenden Ministerpräsidenten Giannis Dragasakis:] Ach ja, wirklich? Wer war denn für die Politik der Übertragung von Kapitalien der Banken, für die „friedliche Koexistenz“ zwischen der Regierung und den Bankiers während der letzten Monate verantwortlich? Wer trägt die Verantwortung dafür, ob der Partei und der Regierung gegenüber in Anbetracht der massiven Kapitalflucht mithilfe der vier „anerkannten“ systemtragenden Banken Alarm geschlagen worden ist oder nicht?

Haben wir gegen das Netzwerk des Schmuggels zugeschlagen? Haben wir in den Monaten unserer Regierung die Kontrolle über die Wetten bei Pferderennen sowie die berühmt-berüchtigten „slots“, die Maschinen in den Spielsalons, nicht dem Unternehmen übertragen, an die die OPAP [die 2013 privatisierte Firma, die bis 2020 das Monopol auf Sportwetten und bis 2030 das Lotto-Monopol in Griechenland hält] schon vorher veräußert worden war?

¹ Auf der Sitzung des Zentralkomitees du vom 30. Juli 2015 beschuldigte ein prominenter Angehöriger der Regierung und von SYRIZA, der stellvertretende Ministerpräsident und führende Wirtschaftspolitiker im Parteivorstand Giannis Dragasakis, in stalinistischer Tradition die Mitglied der Linken Plattform, sie bildeten „eine Partei in der Partei“. In Wirklichkeit stellt der „nichtöffentliche Zirkel“ innerhalb von SYRIZA, von der der Verfasser dieses Texts spricht, „die eigentliche Partei in der (Regierungs-)Partei“ dar. (Redaktion „A l’Encontre“)

5. Linke Vorstellungen aufgeben? Ich bin mit den Genossen und Genossinnen einverstanden, die die Gefahr betonen, dass man [ausgehend von diesem Abkommen] linke Ideen und eine linke Politik aufgibt [Bezug auf die linke Mitte von SYRIZA, die als „53 plus“ bekannt ist, die dem Abkommen trotz Bedenken zugestimmt haben]. Aber für diejenigen, die aus der dramatischen Situation, der wir entgegen gehen, wirklich herauskommen wollen, ist eine Lösung zum Greifen nah: die Ablehnung des Abkommens, auch jetzt noch; das Zurückgreifen auf ein Votum über eine klare Tagesordnung und die Bestimmung einer linken Politik; Einfordern eines klaren Mandats der Mitglieder für einen alternativen Weg [Anspielung auf eine Diskussion im Zentralkomitee, die in Bezug auf politische Inhalte ausgesprochen knapp ausfallen sollte]. Es gibt mit ihnen [den „53 plus“, die zum größten Teil zu den 109 Unterzeichnenden von 201 Mitgliedern des Zentralkomitees gehörten, die sich am 15. Juli gegen das Abkommen stellten und eine sofort einzuberufende Sitzung des ZK verlangten] eine Gesprächsbasis [seitens der Linken Plattform] – unter der Bedingung, dass dies mit ehrlichem Verhalten und auf überzeugende Art und Weise geschieht. Dies bedeutet: eine offene Diskussion innerhalb der Partei, Beschlüsse und Kontrolle der Beschlüsse durch die Gremien von SYRIZA.

6. Zu dem Vorschlag eines Parteitags im September. Viele Genossinnen und Genossen unterstützen den Vorschlag, im September einen Parteitag durchzuführen, mit dem versucht wird, „Abenteuer“ oder das Risiko einer Spaltung zu vermeiden.

Auf diese Weise ist ein kritisches politisches Vakuum geschaffen worden. Das Problem liegt in der Tat in dem, was sich zwischen jetzt [der ZK-Sitzung vom 30. Juli] und Ende September abspielt. Nämlich was während des Zeitraums geschieht, in dem das dritte Memorandum dem Parlament zur Billigung und Bejahung (durch die ... radikale Linke) vorgelegt wird. Die Partei und ihre Gliederungen werden zum Schweigen zu der brennenden Frage des Augenblicks gezwungen sein, während die „nichtöffentliche Partei in der Partei“ und die Regierung die Hände für jegliche Art von Maßnahmen entsprechend dem Memorandum frei hätten. Aus diesem Grund schlägt die Linke Plattform vor, jetzt oder auf alle Fälle vor der Billigung des Memorandums [mit allen seinen Bestimmungen] durch das Parlament einen „permanenten Parteitag“ einzuberufen [dieser Vorschlag sieht vor, dass die für den vorhergehenden Parteitag, auf dem das Programm von SYRIZA verabschiedet worden ist, eine Entscheidung fällen können und nicht Delegierte, die zum Absegnen einer von der Regierung und der Mehrheit der ParlamentarierInnen getroffenen Entscheidung „ausgelesen“ worden sind]. [Die Regierung ist darauf aus, dass die Billigung durch das Parlament am 18. August erfolgt, also vor dem 20. August, dem Termin, an dem Athen 3,2 Milliarden Euros an die EZB zurückzahlen muss.]

7. Unsere Verpflichtungen in der Bewegung. Wir alle sind außer Mitgliedern der Partei Mitglieder von sozialen Organisationen, beispielsweise der Gewerkschaften. Wir sind verpflichtet, darin den Kampf und den gesellschaftlichen Widerstand gegen die jeweiligen Maßnahmen des dritten Memorandums zu befördern. Und zwar mit den traditionellen Mitteln: Streiks, Demonstrationen, Besetzungen usw. Diese Kämpfe werden sich objektiv gegen die Regierung wenden, die von der Partei SYRIZA getragen worden ist und getragen wird. Individuell und kollektiv werden wir in diese tragische Position geraten, wenn wir die Zustimmung zu dem neuen Memorandum beschließen.

Wer immer diese Kämpfe zu beschränken versucht, wer immer unseren Mitgliedern eine Selbstzensur vorschlägt, wird den Druck in Richtung einer Umwandlung von SYRIZA in eine Partei im Gleichklang mit den Anforderungen des Memorandums in SYRIZA hereintragen.

Wenn diese Umwandlung erfolgen sollte, ließe das auf die Auflösung von SYRIZA hinaus [im Sinn einer Beendigung der Existenz als Partei/Bündnis der radikalen Linken].

Aus dem Französischen übersetzt von Wilfried Dubois

<http://alencontre.org/europe/grece-non-a-la-mutation-memorandaire-de-syriza.html> (4. August 2015)

<https://www.ensemble-fdg.org/content/adresse-aux-membres-de-syriza>